

Redebeitrag von Vroni + Lea

15.467.

15.467 Menschen sind seit 2015 im Mittelmeer ertrunken oder werden vermisst. Und dabei werden noch nicht einmal die unzähligen Toten an anderen Fluchtrouten oder auch Grenzübergängen wie am 24. Juni in Melilla berücksichtigt. Auch nicht berücksichtigt werden die zahllosen versklavten, gefangenen oder gefolterten Geflüchteten wie beispielsweise an der libyschen Grenze.

Diese Zahlen zeigen nur die Menschen, die die Flucht versucht haben, um aus prekären bis lebensbedrohlichen Umständen zu fliehen. Um Hunger, Armut, Krieg, körperlicher oder psychischer Gewalt und anderen Bedrohungen zu entkommen. Menschen die die Hoffnungslosigkeit nicht mehr aushalten und die Ohnmacht, Opfer eines globalen Systems der Ungleichheiten zu sein.

Diese Zahlen verschweigen all die Menschen, die keine Möglichkeit zur Flucht haben. Die nicht die Möglichkeit haben, dem System der Unterdrückung und Ausbeutung des globalen Südens durch die reichen Staaten des globalen Nordens zu entkommen.

Die Toten im Mittelmeer, in Melilla und an allen anderen Europäischen Außengrenzen sind aber keine abstrakten, unglücklichen Zwischenfälle ohne erkennbare Ursache. Diese Toten sind Opfer eines verbrecherischen Neoliberalismus der Wirtschaftsmächte, deren oft beschworenen Werte und Moral einzig und allein darin besteht, ihre Absatzmärkte zu schützen und ihre Marktmacht, um jeden Preis zu sichern. Die verantwortlichen Politiker*innen nutzen die in den ausgebeuteten Ländern herrschenden, teils diktatorischen Verhältnisse - die meist Ergebnis der europäischen Kolonialzeit sind - um militärische Interventionen für sich selbst und die Bevölkerung moralisch zu rechtfertigen.

~~Diese Toten sind eine Anklage an unsere Politiker*innen, insbesondere deren Organisationen zur praktischen Durchsetzung ihrer Interessen, allen voran EU und NATO.~~

~~Sie sind eine Anklage an Einsätze wie den der Nato im Irak.~~

Um ein Beispiel zu nennen, schauen wir auf den Irak:

Als Saddam Hussein in den 1980ern noch ein lukrativer Geschäftspartner für Staaten wie Deutschland, Frankreich, GB oder die USA war, war die Unterstützung und Aufrüstung des Landes durch NATO-Waffenlieferungen keine moralische Verwerflichkeit. Weder der Einsatz chemischer Waffen gegen die im Land lebenden Kurd:innen, der ca. 200.000 Tote und 1,5 Millionen vertriebene forderte, noch der Einsatz ebendieser gegen iranische Zivilist*innen weckte den Hauch einer Reaktion seitens der westlichen Länder. Ist auch schwierig, wenn man auf die irakischen Ölfelder angewiesen und davon abhängig ist. 10 Jahre später, als der Irak in Kuwait einmarschiert, kann die westliche Koalition militärisch gar nicht schnell genug reagieren. Der Grund: wieder das Sichern der irakisch-kuwaitischen Ölfelder. Die 10.000 Toten dieses Einsatzes, sowie die halben Millionen ziviler Opfer des Nato-Einmarsches 2003 wurden in Kauf genommen. Anstatt jedoch Verantwortung dafür und für die 4,5 Millionen vertriebenen Iraker*innen zu übernehmen, die als Folge dieser inhumanen, wirtschaftsorientierten Nato-Politik auf der Flucht sind, werden sie an den Grenzen der verantwortlichen Partner, zu denen die EU größtenteils gehört, abgewiesen und mit folterähnlichen Methoden der Grenzschutzpolizei abgeschoben.

Ob 2003 oder heute, es lässt sich wieder das gleiche Schema beobachten: Aus rassistischen und geopolitischen Gründen wird das Leid der kurdischen Bevölkerung als unwichtiger als das Leid der Ukrainer*innen erachtet. Um in die NATO aufgenommen zu werden, opfern Finnland und Schweden jetzt kurdische Oppositionellen und Aktivist*innen um den Autokraten Erdogan zufriedenzustellen. Diesen werden nun an die Türkei ausgeliefert, wo ihnen Folter und sogar Mord drohen.

Seit der antikapitalistischen und feministischen Revolution in Rojava überfällt der reaktionäre Despot Erdogan immer wieder die kurdischen Autonomiegebiete. So griff der zweitgrößte NATO-Partner Türkei 2018 zusammen mit islamistischen Einheiten die kurdische Autonomieregion Afrin unter anderem mit deutschen Panzern an. Die westlichen Reaktionen? Verhalten. Währenddessen kann beim Ukrainekrieg nicht schnell genug militärische Unterstützung, Embargos und Waffenlieferungen fordern.

Guter Diktator/ schlechter Diktator.

Nachdem die Kurd*innen die Hauptlast des Krieges gegen den IS trugen und ihn unter massiven Verlusten besiegten, dauerte es nicht lange, bis die kurdische Freiheitsbewegung in der EU, allen voran DE, vermehrt kriminalisiert wurde. Das kurdische Sprichwort „Kurd*innen haben keine Freund*innen außer der Berge“ sollte sich mal wieder bewahrheiten. Weltweit befinden sich auch heute hunderttausende Kurd*innen auf der Flucht.

Diese Doppelmoral findet sich nicht nur in der NATO, sondern auch in der europäischen Migrationspolitik und Entwicklungszusammenarbeit.

Zum einen wird mit fadenscheinigen Konzepten der Entwicklungszusammenarbeit versucht Fluchtursachen zu bekämpfen und afrikanische Länder zu unterstützen. Gleichzeitig werden in Jahrelangen Verhandlungen afrikanische Staaten beispielsweise unter der Androhung von Strafzöllen oder die Androhung Entwicklungsgelder auszusetzen in fragwürdige Freihandelsabkommen gedrängt. Klar ist: die Wirtschaft der EU geht vor. Und damit ist auch der Vorrang wirtschaftlicher Interessen vor Menschenleben gemeint.

Es werden Abkommen geschlossen, die weder fair noch nachhaltig sind.

Während beispielsweise riesige europäische Industrie-Trawler die afrikanischen Küstengebiete leer fischen, verlieren die kleinen einheimischen Fischereien ihre Lebensgrundlage. Beim Verkauf der Fischereilizenzen erhalten die afrikanischen Staaten weder einen angemessenen Gegenwert für ihren Fisch, noch wird der Fisch vor Ort weiterverarbeitet. Dies würde immerhin ein paar Arbeitsplätze schaffen und dem Land durch Export der Ware einen höheren Gewinn beschern. Aber Nein: Stattdessen werden Millionen Fischer*innen arbeitslos und Menschen müssen hungern, da in Zeiten der Dürre Ernteauffälle nicht mehr mit Fischfang gedeckt werden können. Europäische Profitinteressen werden weiterhin rücksichtslos durchgesetzt und die afrikanische Küstenbevölkerung geht leer aus. Existenzgrundlagen werden zerstört und wer kann, der flieht vor Hungersnot und nicht vorhandenen Zukunftschancen. Klasse Europa, so geht Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe. So geht Solidarität und Aufarbeitung postkolonialer Strukturen.

Aber Hey, es gibt schließlich auch vermehrt Entwicklungsgelder für Staaten entlang von Hauptfluchtrouten. Vor allem für diejenigen, die sich bereit erklären, Fluchtrouten verstärkt zu kontrollieren und Geflüchtete davon abhalten in die EU einzureisen. Dabei ist es egal, ob in diesen Staaten von Größenwahnsinnigen Diktatoren Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

Ein klassisches Beispiel dafür ist Libyen.

Waffenembargos, die gegen das Land verhängt wurden, wurden wieder aufgehoben, als Libyen sich als lukrativer Partner in der Bekämpfung illegaler Einreise herausstellte. Das ist traditioneller europäischer Opportunismus. Man kann nicht auf der einen Seite die

Regierung eines Landes für ihre Politik und ihre Menschenrechtsverletzungen kritisieren und dann mit diesem zusammenarbeiten und Menschen in Massen dorthin zurückschieben. Menschen wissentlich in Gefangenenlagern, in denen sie täglich gefoltert, vergewaltigt und hingerichtet werden, inhaftieren lassen.

Schlimmer noch, werden Menschen nicht nur dorthin zurückgeschoben. Die EU unterstützt mit Geldern, die eigentlich für afrikanische Entwicklungshilfe gedacht waren, die libysche Küstenwache mit Booten, Waffen und Ausbildungsprogrammen. Damit macht sie sich faktisch zu einem Mittäter an diesen Menschenrechtsverletzungen. Auch die Zusammenarbeit von Frontex und der libyschen Küstenwache ist einfach nur das Sinnbild einer verlogenen, doppelmoraligen, europäischen Regierung. Sie tut tagtäglich nichts anderes, als sich auf der einen Seite als moralischer Engel darzustellen und auf der anderen Seite weltweit sowie direkt vor den eigenen Grenzen ihre wirtschaftlichen und machtpolitischen Interessen auf dem Rücken von unschuldigen Menschen und deren Rechten, Würde, Leben auszuüben.

Das Aufzeigen und Bekämpfen der Grausamkeiten unserer Politiker*innen sind die Minimalforderungen, die uns der Internationalismus diktiert. Die Beispiele zeigen, dass das Ende des Mordens, der Ausbeutung und Unterdrückung nicht mit der EU und NATO erkämpft werden kann.

Somit ist es unsere Aufgabe als Bürger*innen dieses Staatenbundes die Mauer der Abschottungspolitik einzureißen!

Es ist unsere Aufgabe unsere Verantwortung anzuerkennen und uns nicht abzuwenden!

Es ist unserer Aufgabe solidarisch Seite an Seite weiterhin Kritik und Druck auf Politiker*innen auszuüben, Sichere Fluchtwege zu schaffen und die Menschenwürde wieder hochzuhalten!

Hoch die internationale Solidarität!